

Fachtag „Arm dran? Lebenslagen und Lebenschancen im Land Brandenburg am 30.Mai 2008

Referat

Zitat: „Ich möchte gern die zwei Kinder anonym zur Adoption freigeben, da ich ihnen ein besseres Leben ermöglichen möchte wie ich es habe (Gewalt im Alltag). Bitte auch nicht nachzuforschen! Danke.“

So der Brief einer Mutter, den sie in den Kinderwagen ihrer neun Wochen alten Zwillingssöhne legte, die sie vorige Woche vor dem Kreis-saal der Charité zurück ließ. Die Kinder, so die Ärzte, waren sehr gut gepflegt.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Was muss eine Mutter erleben, dass sie sich zu einem derart drastischen Schritt entschließt?! Wie viel Verzweiflung spricht aus diesen Zeilen.

Armut hat viele Gesichter, nicht nur der materiellen Not, sondern auch der Gewalt und Hoffnungslosigkeit, die ihr nicht selten auf den Fuß folgen. Deshalb geht es nicht allein um abgetragene Kleidung oder ungesundes Essen. Es geht um Lebenslagen, die Menschen wie ein Gefängnis vorkommen, um Lebenschancen, die Menschen verpasst oder nie bekommen haben. Die Mutter hat sich übrigens inzwischen beim Kindernotdienst gemeldet, das zuständige Jugendamt im Landkreis Teltow ist eingeschaltet und sie erhält jetzt Hilfe.

Auch wenn **Zahlen** der Lebenswirklichkeit nie gerecht werden, an dieser Stelle möchte ich sie doch noch einmal ins Gedächtnis rufen: Allein in Brandenburg beziehen **14,8 % der Bevölkerung ALG II** (April 2008). Als armutsgefährdet (wenn man die EU-Definition heranzieht, wonach als arm gilt, wer weniger als 60% des **durchschnittlichen Nettoverdienstes von aktuell 1.300 €** zur Verfügung hat) gelten **22 %** (Zahl von 2005 aus aktuellem Bundesbericht). Davon bewegen sich **11% dauerhaft**, d.h. seit mehr als 2 bis 3 Jahren unter dieser Schwelle. Besonders hoch ist die Kinderarmut, die in Brandenburg **jedes vierte Kind** trifft, ca. 70.000. All dies ist kein Wunder bei aktuell **13,9 % Arbeitslosigkeit** (April 2008), in manchen Regionen Brandenburgs sind es annähernd 20%.

Zahlen von verstörender Deutlichkeit, die auch der jüngst erschienene Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, ein in der vergangenen Woche veröffentlichtes Werk von 413 Seiten, für ganz Deutschland dokumentiert hat: Armut ist kein Randphänomen mehr, sondern in der Mitte unserer Gesellschaft angekommen. Die befürchtete „Spaltung der Gesellschaft“ ist längst Wirklichkeit! Arme (Alleinstehende) gehen mit 781 € nach Hause, Reiche mit 7.200 € - Netto!

Diese Feststellung allerdings, obgleich wir sie fast täglich in den Medien hören und lesen können, ist nicht unumstritten. Nicht wenige fragen: Kann man in unserer reichen Gesellschaft überhaupt von „Armut“ sprechen oder geht es hier lediglich um eingeschränkte Konsummöglichkeiten? Kann man mit „Hartz IV“ nicht ein, wenn auch bescheidenes, aber doch menschenwürdiges Leben führen und gibt es nicht immer mehr Menschen, die dieses Leben einem schlecht bezahlten Job vorziehen?

Diese, zum Teil sehr akademische Argumentation, verliert ihre Kraft, wenn man in Tuchfühlung geht mit den betroffenen Menschen und in ihre Gesichter schaut. Gesichter, die nicht selten von einer bitteren Lebensgeschichte zeugen.

Was bedeutet also „Armut“ also in Deutschland, in Brandenburg, in der Uckermark oder in Cottbus? Was bedeutet sie für die Betroffenen – für Ihre Lebenslage, ihre Lebenschancen? Zwei Beispiele:

Stefanie M., 25 Jahre, ist allein erziehende Mutter mit vier Kindern – 0 bis 6 Jahre alt – und lebt in einem Dorf in der Prignitz. Das älteste Kind besucht die Schule in der nahe gelegenen Stadt, zwei Kinder die Kita im Ort, das Baby ist zu Hause.

Die Familie erhält Hilfe zur Erziehung in Form sozialpädagogischer Familienhilfe. Sie leben von ALG II, Kindergeld und Unterhaltsvorschuss. Stefanie M. arbeitet bei einer Reinigungsfirma und bringt nach einer 32-Stunden-Woche 700 € Netto nach Hause. Das Einkommen reicht bei weitem nicht aus, um Miete, Kleidung und eine regelmäßige Versorgung der Kinder zu gewährleisten. Es fehlt auch an frischen Nahrungsmitteln und Spielsachen. Sollte die Waschmaschine streiken, weiß Frau M. nicht, wie sie die Reparatur bezahlen soll. Ausflüge, gar Kita- oder Klassenfahrten sind schon gar nicht drin. Auch so schon ist die Familie verschuldet und hat große Schwierigkeiten, die Kosten für das Essen in Schule und Kita aufzubringen.

Ein weiteres Beispiel:

Anton H., 57 Jahre, wurde als Ältester von vier Geschwistern geboren. Die Eltern waren beide berufstätig. Die Mutter trank regelmäßig Alkohol, der Vater gelegentlich. Als Kind fühlte er sich ungeborgen und musste früh Verantwortung für die Geschwister übernehmen.

Die Schulzeit empfand Herr H. als Stress, die Mitschüler hänselten ihn. Er verließ nach der 8. Klasse die Schule und absolvierte eine Ausbildung zum Maler, in der er lange Zeit tätig war.

Irgendwann begann Herr H. vermehrt Alkohol zu trinken, zunächst auf Feierlichkeiten, dann lud er Arbeitskollegen zu Besuch ein um mit diesen zu trinken, später trank er auch, wenn er alleine war.

Unter Alkoholeinfluss kam es zu einem Verkehrsunfall mit Todesfolge. Am Tod eines Menschen beteiligt zu sein löste große Schuldgefühle bei Herrn H. aus. Es kam zu einer Verurteilung, die auf Bewährung ausgesetzt wurde.

Kurz nach dem Unfall wurde Herr H. arbeitslos, der Betrieb löste sich auf. Er blieb arbeitslos, seine Frau reichte die Scheidung ein. Herr H. mußte das gemeinsame Reihenhaus aufgeben und zog in eine Zwei-Zimmer-Wohnung. Er reagierte zunächst mit Suizidgedanken, später mit exzessivem Alkoholkonsum – er trank durchschnittlich 20 Flaschen Bier am Tag. Es folgten Suizidversuche, Aufenthalte in der Psychiatrie und diverse Streitigkeiten mit den Kindern, mit daraus resultierendem Kontaktabbruch. Nach kurzen abstinenter Phasen stieg die Konsummenge stetig an.

Heute bezieht Anton H. Erwerbsunfähigkeitsrente. Vom Alkohol ist er noch nicht weg, aber er lebt mit diesem stetigen Auf und ab.

Armut, so zeigen diese Beispiele, kann völlig unterschiedliche Ursachen haben. Das Leben entwickelt sich ganz anders, als es die Betroffenen gewollt haben. Dabei bedeutet Armut nicht nur fehlende Finanzmittel, sondern auch fehlende Problembewältigungsstrategien, der Verlust von Würde und Lebenshoffnung.

Gerade das letzte Beispiel zeigt, dass durch rechtzeitige Hilfe möglicherweise ein Abrutschen in Armut verhindert worden wäre. Armut ist eben mehr als ein persönliches Einzelschicksal. Das schiere Ausmaß lässt erahnen: Armut hat immer öfter strukturelle Ursachen, die sowohl in wirtschaftlichen als auch in politischen Entscheidungen begründet sind.

Niemals zuvor war unsere Gesellschaft so reich - Deutschland zählt – gemessen am BSP je Einwohner - zu den zehn reichsten Volkswirtschaften. Und trotzdem wächst Armut und soziale Ausgrenzung. Diese Zweiklassengesellschaft ist kein unabwendbares Schicksal, sondern u.a. Ausdruck einer Wirtschaftspolitik, die durch Steuerbegünstigungen Reiche reicher macht und die den Dumpinglöhnen in manchen Branchen keinen Riegel vorschiebt!

Armut ist eben längst nicht mehr auf die so genannten, „bildungsfernen Schichten“ ohne Schulabschluss und Berufsausbildung beschränkt, sondern es existiert eine wachsende Zahl Voll-Erwerbstätiger in prekären Arbeitsverhältnissen. Diese „working poor“ beziehen ein so geringes Einkommen, dass sie ergänzend ALG II in Anspruch nehmen müssen, um „über die Runden zu kommen“. Diese so genannten „Aufstocker“ machen in Brandenburg fast ein Viertel, nämlich **23% aller ALG II -Empfänger** (259.091, April 2008) aus, oder anders gesagt: 60.000 Menschen (Günter Baaske, April 2008) können nicht von ihrer Hände Arbeit leben!

An dieser Stelle erlauben Sie mir bitte einen Exkurs: Eins der größten Schwierigkeiten in der aktuellen Debatte stellt das fehlende oder mangelhafte Datenmaterial dar. Selbst bei angestrebter Recherche finden sich kaum belastbare Zahlen über das Ausmaß und die Verteilung von Armut. Im Ergebnis kommt es zur ständigen, gegenseitigen Zitierung, ohne die ursprüngliche Quelle zu kennen. Auch hier muss eine Landesarmutskonferenz ansetzen!

Und damit sind wir bei den Konsequenzen. Was also ist zu tun? Lassen Sie mich einige Hinweise, auch für die spätere Diskussion, formulieren:

- Von Armut betroffene Menschen, insbesondere **Familien** und hier vor allem **Alleinerziehende**, haben keine finanziellen Spielräume für Klassenfahrten, gesunde Lebensmittel oder den Beitrag für einen Sportverein. **Kinder** aus solchen Haushalten weisen überdurchschnittlich hohe Bildungsdefizite und häufig einen schlechten Gesundheitszustand sowie Konzentrationsschwächen und einen eingeschränkten Bewegungsapparat auf.
 1. Es muss deutlich früher als bisher gesundheitliche Vorsorge erfolgen, sei es durch **Frühförderung**, regelmäßige **Reihenuntersuchungen** oder die Förderung von Initiativen zur **Zahngesundheit** und eine gesunde **Ernährung**
 2. Es ist höchste Zeit zur Entwicklung eines eigenen **Kinderregelsatzes**, der den wirklichen Bedürfnissen von Kindern Rechnung trägt,

eine seit langem vom PARITÄTISCHEN erhobene Forderung, die sich vergangene Woche endlich der Bundesrat zu Eigen gemacht und der Regierung damit eine schallende Ohrfeige verpasst hat. Es sollte außerdem über die Wiedereinführung der vor Einführung von Hartz IV üblichen „**besonderen Leistungen**“ nachgedacht werden, um insbesondere jungen, in der Existenzgründung befindlichen Familien die Wiederbeschaffung von Hausrat zu erleichtern. Die im ALG II enthaltenen Pauschalbeträge reichen dafür sicher nicht aus.

3. Um sofort etwas gegen die Benachteiligung von Kindern in Kita und Schule zu tun, haben wir lange **Sozialfonds** gefordert, die bspw. ein kostenloses Mittagessen oder Zuschüsse zu Ausflügen und Fahrten sicher stellen. Dass sie ab dem kommenden Schuljahr zur Verfügung stehen, ist sehr zu begrüßen und zeigt, dass sich politisch etwas bewegen lässt.
- Von Armut betroffene Menschen, verlieren irgendwann den Glauben an sich selbst, an ein sinnerfülltes Leben, vor allem wenn sie seit langem **arbeitslos** sind. Eine Folge kann soziale Verwahrlosung sein, die wiederum einen guten Nährboden abgibt für **Gewalt** und **rechte Parolen**.
 1. Menschen brauchen Arbeit nicht nur zum Broterwerb. **Arbeit stiftet Sinn und Identität**, strukturiert die Zeit und bietet Gelegenheit zur Bewährung, für Lob und Anerkennung. Arbeit ist ein Grundrecht und deshalb ist die Politik aufgefordert, alles in ihrer Macht stehende zu unternehmen, um **Arbeitsplätze** zu schaffen – wenn nicht im ersten Arbeitsmarkt, dann in einem zweiten und dritten.
 2. Von Arbeit muss man leben können. „Hungerlöhne“ – oder wie es neuerdings heißt „Niedriglöhne“ - entwerten nicht nur die Tätigkeit, sondern halten die Betroffenen dauerhaft in Abhängigkeit von Sozialtransfers. Es gibt inzwischen Branchen, in denen der Markt nicht so funktioniert, dass Arbeitgeberinteressen und Arbeitnehmerrechte sich ausbalancieren. Angesichts hoher Arbeitslosigkeit und eines mitunter ruinösen Wettbewerbs scheinen allen Beteiligten „die Hände gebunden“. Hier muss der Gesetzgeber durch die Festlegung von **Mindestlöhnen** lenkend eingreifen.
 3. Wir dürfen nicht zulassen, dass Menschen aus Verzweiflung oder Frust keine anderen Wege mehr sehen, als Gewalt oder Fremdenhass. Und wir dürfen **nicht wegsehen** bei denen, die diesen Hass für ihre Zwecke nutzen und unverhohlen Gewalt predigen. Es geht vor allem um das **Recht auf Bildung**, damit Kinder eine Chance jenseits der sich etablierenden Sozialhilfekarrieren bekommen. Und es geht um **Räume für Kinder und Jugendliche**, in

denen sie Konflikte lösen lernen ohne Zuzuschlagen, wo Kreativität und Mitgestaltung gefragt ist. Gleichzeitig muss der **Schutz von Kindern** vor überforderten Eltern erhöht und die **Eltern** frühzeitig unterstützt werden.

Dies alles kostet Geld, bewegt sich jenseits von „Pflichtleistungen“, aber wenn wir hier nicht investieren werden wir es zukünftig doppelt und dreifach bezahlen!

- Von Armut betroffene Menschen haben nicht selten einen langen Leidensweg aus **gescheiterten Beziehungen, Gewalterfahrungen, Alkoholmissbrauch, chronischen Erkrankungen** und **Psychatrieaufenthalten** hinter sich. Aber auch die Zahl junger Menschen, die so stark beeinträchtigt sind, dass sie kein normales, häusliches Leben mehr ohne Unterstützung führen können, nimmt zu.
 1. Immer mehr Menschen greifen immer früher zu Alkohol und illegalen Drogen. Das Einstiegsalter für „Komasaufen“ liegt inzwischen bei 12 Jahren! Alkohol als „Alltagsdroge“ wird immer noch viel zu sehr verharmlost. Wie wirkungsvoll jedoch gesetzgeberische Maßnahmen sein können haben das jüngste Rauchverbot, das **Werbeverbot** für Zigaretten oder die **Preissteigerung** bei Alkopops gezeigt.
 2. Alkoholranke Menschen leiden nicht selten an psychiatrischen Erkrankungen. Es existiert ein munterer **Verschiebbahnhof** zwischen Eingliederungshilfe, Jugendhilfe und Psychiatrie. Die strikte **Trennung der Verantwortungsbereiche**, kaum abgestimmte **Konzepte** sowie unterschiedliche **Finanzierungsquellen** führen zu Betreuungsabbrüchen oder die klassischen „Drehtüreffekte“ (jährlich dreimal in der Psychiatrie). Hier wird nicht nur „Geld verbrannt“, sondern auf dem Rücken der Betroffenen ein zynisches Spiel betrieben.
 3. Aber es fehlt nicht nur an Koordination, sondern auch an ausreichenden Beratungs- und Betreuungsangeboten. Es fehlt an **schulischer Begleitung** und Aufklärung, an orts- und lebensnahen **Beratungsstrukturen**, an **ambulanten Versorgungsformen** wie Kontakt- und Beratungsstellen (KBS), Tagesstätten oder betreute Wohnformen. Der über Jahre mangelhafte Ausbau, zum Teil gar Abbau führt zu teuren und überflüssigen **Fehlversorgungen in stationären Einrichtungen**.

All dies gilt nicht nur für die Gruppe seelisch behinderter Menschen, sondern für alle Menschen mit seelischen, geistigen und körperlichen Beeinträchtigungen.

Bei diesen „Hinweisen“ will ich es hier belassen. Es gäbe natürlich noch viel zu sagen etwa zur Armut alter Menschen, zur Zunahme der Privat-Insolvenzen, zu steigender Wohnungslosigkeit oder den Problemen von Migranten in diesem Land.

Erlauben Sie mir jedoch ein Wort zum Schluss:

Armut verursacht **massive volkswirtschaftliche Schäden**. Ein repräsentativer Teil der Bevölkerung kann ökonomisch nicht „teilhaben“ – die Gesellschaft „verzichtet“ auf eine große Gruppe von Arbeitskräften und letztlich auch KonsumentInnen. Die Auswirkungen von Armut und Armutsbedrohung sind für jeden Einzelfall dramatisch. Armut **nimmt die Würde** und stellt eine Verletzung elementarer Rechte dar.

Der Blick auf den Einzelnen darf deshalb nicht den Blick auf die strukturellen Ursachen verstellen, darf nicht zur **Privatisierung von Lebensrisiken** verkommen. Besonders die hohe, strukturelle Arbeitslosigkeit sowie die Armutsgefährdung durch Kinder zwingen zu **neuen Lösungen**. Eine „Antwort“ auf die neuen Gesichter der Armut muss neben der öffentlichen Arbeitsförderung und dem Ausbau familienunterstützender Hilfen mittel- und langfristige eine **armutfeste Grundsicherung** sein.

Die „Armutsschere“ geht weiter auseinander und es ist überfällig, dass sich diese Regierung offensiv damit auseinandersetzt.

Sonst entdecken wir statt der viel beschworenen Lebenschancen in diesem wunderschönen Land nur immer mehr chancenlose Leben!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.